

# Grenzen der Friedensaktionen der Vereinten Nationen

DR. OTTO LEICHTER, NEW YORK

*Der folgende Bericht unseres New Yorker Korrespondenten behandelt die wichtigsten Vorgänge am Hauptsitz der Vereinten Nationen in den Monaten Januar und Februar dieses Jahres. Er schließt zeitlich an den zweiten Teil seines Abschlußberichtes über die 20. Vollversammlung an, der auf den Seiten 59 ff. abgedruckt ist. Der Antrag der Sowjetisch Besetzten Zone auf Aufnahme in die Vereinten Nationen ist im nachstehenden Beitrag noch nicht enthalten. Er wurde erst Anfang März vorgelegt. Über seine Bedeutung und über die Hintergründe wird das nächste Heft gesondert berichten.*

*Aus dem Inhalt: Gegensätzliche Entwicklungen: Kaschmir einerseits, Vietnam andererseits - U Thant sieht gegenwärtig keine Chance zu einer erfolgreichen Vietnam-Initiative der UNO - Der Generalsekretär spricht von südvietnamesischer Regierung unter Einschluß der kämpfenden Opposition - Die USA beantragen Vietnam-Debatte des Sicherheitsrates - Die USA finden nur mit Mühe 9 Stimmen - Konsultationen statt Ratsdebatte - Schreiben des Ratspräsidenten kein Ausweg - Entspannung im indisch-pakistanischen Konflikt - Wachsende wirtschaftliche Tätigkeit der UN - Sonderfonds und Technische Hilfe bilden UN-Entwicklungsprogramm - Der Handels- und Entwicklungsrat drängt zu praktischer Arbeit - Die Bemühungen um eine Lösung der Finanzfragen noch ohne Erfolg - Wird U Thant Generalsekretär bleiben?*

Während einer verhältnismäßig ruhigen Periode in den Vereinten Nationen zeigten sich Anfang 1966 an zwei gegensätzlichen Entwicklungen mit seltener Klarheit Möglichkeiten und Grenzen der UN-Aktionen: Die Versuche, innerhalb der Vereinten Nationen wenigstens eine Grundlage für eine Diskussion der Vietnam-Frage zu finden, scheiterten bisher; die monatelangen Bemühungen, die Beschlüsse des Sicherheitsrates vom 6. und 20. September 1965<sup>1</sup> durchzuführen, in denen die indische und die pakistanische Regierung aufgefordert worden waren, ihre Truppen und alle bewaffneten Personen hinter die Linien vom 5. August 1965 zurückzuziehen, die sie im wesentlichen seit 1949 besetzt gehalten hatten, hatten schließlich Erfolg.

## *Gegensätzliche Entwicklungen*

Das Scheitern der Bemühungen - vor allem der USA-Delegation - um eine sachliche Vietnam-Diskussion und um einen Beschluß des Sicherheitsrates, der sich für Verhandlungen aufgrund der Genfer Vereinbarungen von 1954 und 1962 ausgesprochen hätte, war auf den unbeugsamen Widerstand der Sowjetunion zurückzuführen.

Dem Erfolg der UN-Aktion in Kaschmir waren einstimmige Beschlüsse des Sicherheitsrates vorangegangen, deren Autorität sich die beiden Parteien Indien und Pakistan schließlich nicht widersetzen konnten. Dieser Erfolg war allerdings nicht allein das Werk des Sicherheitsrates und des Zusammenwirkens der beiden in ihm entscheidenden Großmächte, der USA und der Sowjetunion, sondern auch der nachfolgenden Bemühungen der Sowjetregierung, in Taschkent zwischen Indien und Pakistan zu vermitteln, um zumindest die Durchführung des Ratsbeschlusses vom 20. September über den Truppenrückzug und über einen beiderseitigen Verzicht auf Anwendung von Gewalt bei den sonst ungelöst gebliebenen Fragen über Kaschmir durchzusetzen. Die USA begrüßten das Ergebnis von Taschkent und das hierdurch wesentlich gesteigerte Ansehen der Sowjetunion

in Asien als ein ihnen willkommenes Gegengewicht gegen die im September und Oktober 1965 drohende Gefahr, daß das kommunistische China durch sein Ultimatum an Indien den indisch-pakistanischen Konflikt zugunsten Pakistans und zuungunsten Indiens entscheiden könnte. In diesem Sinne war der Erfolg im indischen Subkontinent das Ergebnis der Beratungen des Sicherheitsrates und der seltenen Kooperation der beiden Weltmächte.

Der bisherige Mißerfolg der Vereinten Nationen in der Vietnam-Frage einerseits und der relative Erfolg im indischen Subkontinent andererseits läßt die Möglichkeiten und Grenzen von Aktionen der Vereinten Nationen wegen des komplizierten Verhältnisses der Weltmächte besonders deutlich werden: Das ist die zweifellos wichtigste, allgemein anwendbare Erfahrung vom Anfang des Jahres 1966 in den UN. Es ist, wie schon frühere Erfahrungen zeigen, nicht die UNO als solche oder ihre etwa von der Realität der politischen Großmachtverhältnisse losgelöste Wirksamkeit. Im Gegenteil, die reale und unlösbare Verknüpfung der Weltorganisation mit den Gegebenheiten der Weltpolitik entscheidet über die Aktionsfähigkeit der Vereinten Nationen beinahe ausschließlich.

## **Die USA versuchen die UN in der Vietnam-Frage einzuschalten**

Obwohl Vietnam die entscheidende Frage hinter allen politischen Auseinandersetzungen und Erwägungen in der 20. Vollversammlung gewesen war, unternahmen die USA erst kurz nach ihrer Beendigung einen neuerlichen Versuch, das Thema auf die offizielle Tagesordnung der UN zu setzen.

Ein vorangegangener Versuch war im August 1964, kurz nach dem Zwischenfall im Golf von Tongking und dem ersten amerikanischen Vergeltungsbombardement auf Nordvietnam, allerdings ohne Erfolg, unternommen worden. Die damals von der Sowjetunion gewünschte und von den USA überraschend akzeptierte Einladung an Nordvietnam, an den Debatten des Sicherheitsrates teilzunehmen, hatte zu einer von der Sowjetunion offenbar nicht erwarteten Ablehnung durch Hanoi geführt. Es war ein Sieg Pekings über Moskau und eine diplomatische und Prestigeniederlage für die Sowjetunion. Man wird in diesem Vorspiel, in der damit ihr erteilten Lehre über die wirklichen Machtverhältnisse in dem Dreieck Moskau—Hanoi—Peking die Erklärung für die sowjetische Haltung in dem zu Anfang 1966 zwei Monate langen Ringen um eine mögliche Rolle des Sicherheitsrates in der Vietnam-Frage erblicken dürfen. Die Sowjetunion wollte einen weiteren Prestigeverlust durch eine neuerliche Absage Hanois vermeiden und stellte sich deshalb an die Spitze derer, die den Versuch der USA, den Sicherheitsrat in die Vietnam-Diskussion einzuschalten, ablehnten.

Unmittelbar nach der amerikanischen Friedensoffensive, die um Weihnachten 1965 mit der Einstellung der Bombardierung Nordvietnams begann und mit diplomatischen Missionen amerikanischer Sondergesandter und mit einer allgemein erhöhten diplomatischen Aktivität der USA in fast allen Hauptstädten der Welt fortgesetzt wurde, informierte die UN-Mission der USA in einem für alle Mitgliedstaaten bestimmten Brief<sup>2</sup> den Generalsekretär von der Verhandlungsbereitschaft der Vereinigten Staaten, von der Pause in den Bombardierungen Nordvietnams und von der Aufforderung der USA an alle UN-Mitglieder, nach Wegen zu

suchen, die vom Schlachtfeld zum Verhandlungstisch führen könnten.

Diese Initiative der USA schien aber in den Vereinten Nationen zunächst keine Folgen zu zeigen.

#### *U Thant: Keine UN-Rolle in der Vietnam-Krise*

Die klarste Antwort auf die Initiative der USA kam zunächst von Generalsekretär U Thant in seiner Pressekonferenz vom 20. Januar 1966<sup>3</sup>.

Der Generalsekretär hatte - sieht man davon ab, daß er am 16. November 1965 bei einem Mittagessen des Hammarström-Fonds, bei dem er die Notwendigkeit einer friedlichen Beilegung des Vietnam-Konfliktes betonte und auf die von Jahr zu Jahr geringer werdende Möglichkeit einer Lösung hingewiesen hatte — während der Vollversammlung und auch während der amerikanischen Friedensoffensive zur Vietnam-Frage geschwiegen. Seine persönlichen diplomatischen Kontakte waren inzwischen, wenn auch ohne Erfolg, ununterbrochen aufrechterhalten worden. Aber erst am 20. Januar äußerte sich U Thant zum ersten Mal öffentlich. Er kleidete seine in Wirklichkeit durchaus nicht optimistische Meinung über die weitere Entwicklung des Konfliktes vor allem angesichts der im Augenblick unterlassenen Bombardierungen Nordvietnams in eine optimistische Form: Die Einstellung der Bombardements hätten eine günstigere Atmosphäre für Verhandlungen geschaffen und in wichtigen Fragen sei eine Annäherung der gegenseitigen Standpunkte, besonders bezüglich des Zurückgehens auf die Genfer Übereinkommen von 1954, erreicht worden. Aber U Thant blieb in einem Punkt negativ: Er sah keine Rolle für die Vereinten Nationen auf dem Wege zu Verhandlungen. Er vertrat trotz wiederholter Fragen, die nachdrücklich auf die Verpflichtungen der Vereinten Nationen zu einer Initiative angesichts der Bedrohung des Weltfriedens hinwiesen, deutlich die Auffassung, daß eine öffentliche Diskussion im Sicherheitsrat im Augenblick nicht von Nutzen sein könne.

#### *Neue Regierung in Südvietnam?*

Darüber hinaus machte U Thant einen Vorstoß in eine neue Dimension der Vietnam-Frage und der Erörterungen über mögliche Verhandlungen. Während seit Monaten eine zunehmende Aufmerksamkeit der Frage zugewendet worden war, wie der Vietkong, zweifellos eine der kriegführenden Parteien in Südvietnam, zu Verhandlungen herangezogen werden könne, eine Frage, deren Lösung nach Meinung Präsident Johnsons, die er auf einer Pressekonferenz im Sommer 1965 äußerte, »keine unüberwindlichen Hindernisse« bieten könne, stellte U Thant, offenbar aufgrund von Kenntnissen, die er in geheimgehaltenen, aber sicherlich sorgsam aufrechterhaltenen Kontakten gewonnen hatte, eine neuartige Frage, die zunächst überraschte, die aber, wie sich in den nachfolgenden politischen Diskussionen, auch innerhalb der USA, zeigte, durchaus zeitgemäß war. U Thant sagte: »... Ich frage mich, ob die Zeit nicht gekommen ist, solche praktische Fragen anzusprechen wie die, welche Art von Regierung - soweit als möglich für alle Gruppen des süd-vietnamesischen Volkes repräsentativ - die Verantwortung übernehmen könnte, um die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch das Volk zu organisieren. Wenn die Parteien konkrete Vorschläge zu dieser Frage machen sollten, dann denke ich, daß eine Weigerung, zu verhandeln, schwerlich zu rechtfertigen wäre, besonders ... wenn Diskussionen über eine Beendigung der Kämpfe mit denen geführt werden müssen, die dort tatsächlich kämpfen...«<sup>3</sup>

Damit wurde eine Koalitionsregierung in Vietnam oder die Bildung einer die verschiedenen Richtungen in Vietnam repräsentierenden Regierung zum ersten Mal, wenigstens zum ersten Mal von einer offiziellen und verantwortungsvollen Persönlichkeit des internationalen Lebens, zur Dis-

kussion gestellt. Das war nicht mehr eine allgemein gehaltene Erwägung nach irgendeiner Art »Vertretung« des Vietkong und der süd-vietnamesischen Opposition an einem Verhandlungstisch, sondern ein konkreter Vorschlag, den Weg zu Verhandlungen auf ähnlichem Wege zu suchen, wie dies 1962 in einer kritischen Situation in Laos geschehen war, wo ein alle drei vorhandenen Fraktionen umfassendes, wenn auch schwankendes Koalitionsregime gebildet wurde, das offene Kampfhandlungen zu vermeiden in der Lage war.

#### *USA verlangen Einberufung des Sicherheitsrates*

Elf Tage nach der Pressekonferenz U Thants und nach seiner Meinung über die Unzuverlässigkeit einer öffentlichen Vietnam-Diskussion im Sicherheitsrat forderte die USA-Delegation am 31. Januar 1966 - gleichzeitig mit der Wiederaufnahme der Bombardierungen Nordvietnams und nach Ablehnung aller Verhandlungen seitens der Regierung von Hanoi - die Einberufung des Sicherheitsrates zur Beratung der Vietnam-Frage<sup>4</sup>. In dem Brief an den Präsidenten des Rates, den japanischen Botschafter Akira Matsui, verwies die USA-Delegation auf die bisherigen ergebnislosen Versuche, zu Verhandlungen über den Vietnam-Konflikt zu kommen, auf die ergebnislose 37tägige Pause in den Bombardierungen Nordvietnams und auf die scharf ablehnenden Antworten Hanois, in denen die amerikanischen Verhandlungsangebote nur als »Schwindel« bezeichnet worden wären. Mit der Forderung nach dringlicher Einberufung des Rates legten die USA einen Resolutionsentwurf<sup>5</sup> vor. In seiner Präambel wird u. a. erklärt, daß die Bestimmungen der Genfer Übereinkommen von 1954 und 1962 nicht erfüllt worden seien, und das Selbstbestimmungsrecht »aller Völker, einschließlich des Volkes in Vietnam« wird anerkannt. In seinem beschlußfassenden Teil fordert der Entwurf die sofortige Aufnahme von Verhandlungen ohne Vorbedingungen zwischen den interessierten Regierungen über die Einberufung einer Konferenz, die die Anwendung der Genfer Übereinkommen von 1954 und 1962 und die Herstellung eines dauerhaften Friedens in Südostasien zum Ziel haben soll. Die Resolution sollte zugleich ein Datum für die Diskussionen bestimmen; das Datum selbst wurde in dem USA-Entwurf offengelassen. Der Entwurf empfahl ferner, daß der erste Verhandlungspunkt der Konferenz die Einstellung der Feindseligkeiten unter wirksamer Aufsicht sein solle. Der Rat solle seine Bereitschaft erklären, die Durchführung der Resolution mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen, einschließlich der Einsetzung von Schiedsrichtern oder Schlichtern. Schließlich wurden die Beteiligten und der Generalsekretär aufgefordert, bei der Durchführung der Resolution zu helfen.

Der Sicherheitsrat trat am 1. Februar 1966 - erstmals nach seiner Erweiterung von 11 auf 15 Mitglieder - zusammen. Aber nun saßen nicht nur 15 Ratsmitglieder, unter ihnen 3 neue afrikanische, um den Ratstisch, sondern es war nun auch, und das gerade bei einer von vornherein umstrittenen Frage, die Mindestzahl von 9 positiven Stimmen für jeden Beschluß erforderlich, abgesehen von dem nach wie vor gültigen Vetorecht der 5 ständigen Ratsmitglieder bei Sachentscheidungen.

Zunächst ging es um eine Verfahrensfrage, nämlich um die Entscheidung über die Tagesordnung, bei der das Veto keine Anwendung findet. Nun zeigte sich sehr bald, daß die USA beträchtliche Schwierigkeiten haben würden, die nötigen 9 Stimmen auch nur zu dem formalen Beschluß zu finden, die Frage auf die Tagesordnung zu stellen.

Nach einer eingehenden Darstellung des USA-Delegierten Goldberg über die bisher erfolglos gebliebenen Bemühungen der USA, zum Verhandlungstisch zu gelangen, nahm die Sowjetunion angesichts der Wiederaufnahme der Bombardierung Nordvietnams durch die Vereinigten Staaten gegen

jede Diskussion der Vietnam-Frage im Sicherheitsrat entschieden Stellung.

Noch wichtiger für die Erlangung der erforderlichen Mindeststimmenzahl zur Aufnahme der Vietnam-Frage in die Tagesordnung war der Widerstand Frankreichs gegen eine Vietnam-Diskussion im Sicherheitsrat. Es war die schärfste und deutlichste gegen die USA – einen Alliierten – gerichtete Stellungnahme, die Frankreich ungeachtet seiner bisherigen gelegentlichen Differenzierung von den USA jemals in den Vereinten Nationen eingenommen hatte. Dabei war es unwesentlich, ob Frankreich gegen die Tagesordnung stimmen oder sich nur der Stimme enthalten würde, da 9 positive Stimmen gefunden werden mußten, um in eine Sachdiskussion eintreten zu können.

Außer der Sowjetunion war selbstverständlich auch das zweite kommunistische Mitglied des Rates, Bulgarien, gegen den US-Antrag. Mali, von dessen Wahl in den Rat man schon früher eine Verstärkung der Sowjet- bzw. der kommunistisch-chinesischen Position angenommen hatte, war ebenfalls auf der Seite derer, die gegen den USA-Antrag Stellung nahmen.

Die Gegnerschaft Frankreichs gegen eine Erörterung des Vietnam-Problems im Sicherheitsrat wurde zur zentralen Frage. Wie sich nämlich bei den nachfolgenden internen Beratungen der Ratsmitglieder zeigte, war es für andere Ratsmitglieder, vor allem für Nigeria und Uganda als Blockfreie, schwer, sich auf die Seite der Amerikaner und der ihre Haltung begünstigenden Länder zu stellen, da nicht einmal Alliierte wie Frankreich sie unterstützten. Für Nigeria unmittelbar nach einem militärischen Umsturz und für Uganda vor einer das Regime zutiefst erschütternden Krise war es an sich schon schwierig, eine unabhängige Entscheidung zu treffen.

So blieb die ausschlaggebende neunte Stimme für die Aufnahme der Vietnam-Frage in die Tagesordnung des Sicherheitsrates Jordanien vorbehalten. Die jordanische Regierung gab schließlich am 2. Februar ihrem Delegierten die Instruktion, für den amerikanischen Antrag zu stimmen. Mit 9 Stimmen (Argentinien, (National-) China, Großbritannien, Japan, Jordanien, Neuseeland, Niederlande, Uruguay und USA) gegen 2 (Bulgarien und Sowjetunion) und bei 4 Enthaltungen (Frankreich, Mali, Nigeria und Uganda) wurde Vietnam auf die Tagesordnung des Sicherheitsrates gesetzt und bleibt auf ihr, wenn es im nachhinein bisher zu keiner Sachdiskussion kam. Der Präsident vertagte unmittelbar nach der Abstimmung, ohne die nun beschlossene Debatte zu beginnen, die Sitzung des Sicherheitsrates, um zwischen den Mitgliedern über die Sachdebatte und vor allem über die Möglichkeit eines einheitlichen Beschlusses Beratungen zu pflegen.

#### *Einen Monat lang Konsultationen*

Vietnam war nun in den ersten Februartagen auf die Tagesordnung gesetzt worden, aber der Präsident des Rates, Akira Matsui, arbeitete den ganzen Monat seiner Präsidentschaft mit Fähigkeit und Hingabe hinter den Kulissen daran, eine Debatte mit Aussichten auf eine einigermaßen positive Lösung zustande zu bringen, durch die Möglichkeiten eines Fortschritts im Vietnam-Konflikt eröffnet würden. Seine Bemühungen erwiesen sich als aussichtslos.

Zunächst versuchte man, die drei afrikanischen Mitglieder des Rates zu veranlassen, von sich aus eine Lösung und als nicht unmittelbar Interessierte eine Vermittlung vorzuschlagen. Die USA hatten bereits erklärt, daß sie in ihrem Entschließungsentwurf nicht das letzte Wort erblicken würden, sondern zu einem Kompromiß bereit wären. Die Bemühungen der Afrikaner führten aber zu keinem Ergebnis; nicht nur wegen der augenblicklichen Schwäche der afrikanischen Position in den Vereinten Nationen angesichts der

allgemeinen Unstabilität im ganzen Kontinent, sondern weil sich den afrikanischen Versuchen dieselben Hindernisse entgegenstellten, denen der Ratspräsident selbst bei seinen Beratungen mit den zeitweiligen Mitgliedern des Rates – nun 10 anstatt bisher 6 – begegnete. Bulgarien lehnte es ab, sich an irgendwelchen Konsultationen über Verlauf und mögliches Ergebnis einer Sachdebatte über Vietnam zu beteiligen. Das geschah, weil die Sowjetunion für sich jede Mitberatung hinter den Kulissen verweigerte und ihren absoluten Widerstand gegen jede Vietnam-Debatte aufrecht erhielt. Frankreich hielt ebenfalls an seiner ursprünglichen Stellungnahme fest und machte so jeden Fortschritt in den Konsultationen unmöglich. Denn die Sowjetunion, die sich wegen der Haltung Pekings in der Zwangslage befand, Hanoi zu zeigen, daß es noch ›chinesischer‹ sei als Peking, konnte angesichts der harten Haltung Frankreichs noch weniger Zugeständnisse machen und deshalb nicht einmal Stimmenthaltung gegenüber einer Resolution ins Auge fassen, die entsprechend dem ursprünglichen amerikanischen Wunsch einen für Hanoi günstigen Kompromiß dargestellt hätte. Darum entschied praktisch die französische Haltung.

Je länger sich die ergebnislosen Konsultationen des Ratspräsidenten mit den Mitgliedern hinzogen, desto klarer wurde es, daß die Vereinigten Staaten in dieser Frage nur noch drei Möglichkeiten hatten:

1. Sie konnten versuchen, die nun auf der Tagesordnung des Sicherheitsrates stehende Vietnam-Frage dort stehen und ohne Sachdebatte sang- und klanglos in Vergessenheit geraten zu lassen;
2. sie konnten auf der Durchführung der Sachdebatte bestehen, damit eine neue scharfe Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und eine Erweiterung der Kluft mit Frankreich riskieren und es schließlich auf ein Veto der Sowjetunion gegen den vorgelegten amerikanischen oder einen anderen Resolutionsentwurf ankommen lassen;
3. oder sie konnten nach einem weniger kompromittierenden Ausweg suchen, etwa die Debatte über Vietnam in einem späteren Augenblick möglich machen, wobei man die inzwischen weitergehende amerikanische Suche nach einer Lösung auf dem Verhandlungswege zugunsten Washingtons zumindest indirekt verzeichnen würde.

#### *Ein neuer Weg des Ratspräsidenten*

Das angeschlagene amerikanische Prestige in der Vietnam-Frage erlaubte den ersten Weg nicht. Die zweite Möglichkeit, eine scharfe Debatte mit den Sowjets und ein wahrscheinliches Sowjet-Veto, versuchte die USA-Delegation zu vermeiden, weil die amerikanische Taktik inner- und außerhalb der UN noch immer darauf gerichtet ist, keine weitere Verschärfung in den Beziehungen zur Sowjetunion eintreten zu lassen und diese vor allem nicht zu einer nach außen hin noch stärkeren Solidarität mit Hanoi zu zwingen. Dank der Bemühungen des japanischen Präsidenten des Sicherheitsrates ergab sich als Ausweg ein Brief an alle Mitglieder des Rates, in dem der Präsident über seine Konsultationen und deren Ergebnis berichtete, ohne sich dabei auf einen Beschluß oder eine ausgetragene offene Debatte stützen zu können. In seinem Schreiben vom 26. Februar 1966<sup>6</sup>, einem offiziellen Dokument des Rates, wurde festgestellt:

1. Es herrschten eine allgemeine schwere Besorgnis und ernste Befürchtungen über Vietnam und es bestünde ein starker Wunsch nach baldiger Einstellung der Feindseligkeiten;
2. es herrsche die Meinung vor, daß eine Beendigung des Konfliktes in Vietnam durch Verhandlungen auf der Grundlage der Genfer Übereinkommen gesichert werden sollte.

Der Präsident des Rates sprach schließlich in seinem Brief die Hoffnung aus, daß inner- und außerhalb der UNO eine Lösung des Konfliktes gefunden werden könne.

Es war das erste Mal, daß ein Präsident des Sicherheitsrates einen solchen Ausweg aus einer Situation fand, die sonst zu einer Verschärfung der Lage geführt hätte, zu deren Lindierung der Rat einberufen worden war.

Der von der Sowjetunion in den Konsultationen Matsuis offenbar schon mündlich zum Ausdruck gebrachte Einwand kam auch in einer sowjetischen Note vom 2. März 1966<sup>7</sup> an ihn zum Ausdruck. In ihr verurteilte die Sowjetunion den Akt des Präsidenten als »verantwortungslos«, »illegal« und als einen »dreisten Versuch, das Manöver der USA zu unterstützen«. Frankreich hatte schon vorher als erstes Ratsmitglied in einer Note vom 28. Februar 1966<sup>8</sup> dem Präsidenten des Rates mitgeteilt, daß »keine Schlußfolgerung hinsichtlich der Meinung des Rates oder eines seiner Mitglieder über Vietnam vorgelegt werden sollte«. Die Franzosen seien der Meinung, daß, wie sie auch im Rat kundgetan hätten, eine Ratsdiskussion über Vietnam zu keinem Ergebnis führen würde. Einwendungen gegen den Brief des Ratspräsidenten wurden auch in Noten Bulgariens und Malis zur Kenntnis gebracht.

Das Ergebnis war alles eher als ein Erfolg für die USA. Und wegen der Gegensätze zwischen den Großmächten, die weit über den konventionellen Ost-West-Gegensatz hinausgingen, war es den Vereinten Nationen unmöglich, in Aktion zu treten. Dies bedeutet aber – daß sich der Sicherheitsrat in einem der kritischsten Konflikte außerstande sah, eine Initiative zu ergreifen.

Generalsekretär U Thant ließ jedoch offenbar – unabhängig von den Versuchen des Rates – die dünnen Fäden seiner stillen Diplomatie nicht abreißen, um zum gegebenen Augenblick seine Vermittlerdienste zur Verfügung stellen zu können. Dies war auch der Grund, warum er sich, nachdem er bereits in seiner Pressekonferenz vom 20. Januar 1966 einer öffentlichen Debatte des Sicherheitsrates über Vietnam den Nutzen abgesprochen hatte, von den amerikanischen Bemühungen im Rat und von den Konsultationen in den Salons des Rates fernhielt.

### Die UNO setzt sich im indisch-pakistanischen Konflikt durch

Am 23. Februar 1966 berichtete der Generalsekretär dem Sicherheitsrat<sup>9</sup>, daß der Rückzug der indischen und pakistanischen Truppen auf die Linien, die sie vor dem 5. August 1965 besetzt gehalten hatten und die im allgemeinen denen vom Waffenstillstand des Jahres 1959 entsprechen, vollendet sei. Schon vorher, am 18. Februar 1966, hatte er in einem Bericht<sup>10</sup> über die Verhandlungen zwischen den indischen und pakistanischen Truppenkommandanten unter dem Vorsitz seines persönlichen Vertreters, des chilenischen Generals Tulio Marambio, festgestellt, daß ein Übereinkommen erreicht worden war. U Thant erklärte in seinem Bericht ferner, daß die vom UN-Sekretariat aufgrund des Beschlusses des Sicherheitsrates vom 20. September 1965<sup>11</sup> aufgestellte besondere Beobachteraktion zur Kontrolle des Waffenstillstandes von 1965 und des Rückzuges der beiderseitigen Truppen nicht mehr notwendig sei und er ihre Tätigkeit mit dem 1. März 1966 deshalb einstellen werde. Bis spätestens 15. März 1966 würden die technischen und sonstigen Einrichtungen dieser Militär-Beobachteraktion vollständig aufgelöst werden.

In den Verhandlungen über den Truppenrückzug stellten die Vereinbarungen von Taschkent einen entscheidenden Wendepunkt dar. Seit dem 20. September 1965 und insbesondere seit der Bekräftigung der an diesem Tag beschlossenen Ratsresolution durch eine neue vom 5. November<sup>12</sup> hatte U Thant es sowohl durch seine unmittelbaren Kontakte mit den bei-

den Regierungen als auch durch Entspannungsversuche an Ort und Stelle bei lokalen Zusammenstößen immer wieder unternommen, einen Truppenrückzug herbeizuführen. Dieser schien an zahlreichen Stellen der langen Front dort besonders dringlich, wo die beiderseitigen Truppen nur wenige Meter von einander entfernt waren. Aber trotz wiederholter Bemühungen des von U Thant zu diesem Zweck in den indischen Subkontinent entsandten Generals Marambio kamen die Verhandlungen über den Truppenrückzug erst am 15. Januar 1966 in Gang.

Dies war das Ergebnis der Taschkent-Erklärung vom 10. Januar: Indien und Pakistan kamen mit Hilfe der sowjetischen Vermittlung – trotz strikter Ablehnung des indischen Ministerpräsidenten Shastri, über das Kaschmir-Problem als solches zu verhandeln – schließlich überein, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten und als sofortige Maßnahme den beiderseitigen Truppenrückzug im Sinne der Resolution des Sicherheitsrates zu bewerkstelligen. Die hierzu am 15. Januar 1966 begonnenen Unterhandlungen – inzwischen war Shastri wenige Stunden nach Unterzeichnung der Taschkent-Erklärung gestorben – und die in dem komplizierten Territorium nicht leicht durchführbaren Rückzugsmaßnahmen zeigten, daß Indien und Pakistan ihre Unterschriften in Taschkent ernst nahmen. Nun kam es in der Tat, wie U Thant schließlich feststellen konnte, zur Durchführung der wichtigsten, vom Sicherheitsrat im September 1965 auf dem Höhepunkt des Konfliktes erhobenen Forderung.

Eine der schwersten und kritischsten Situationen, mit denen sich die Vereinten Nationen in ihrer 20jährigen Geschichte beschäftigen mußten, ein kaum mehr verhüllter allgemeiner Kriegszustand zwischen zwei großen asiatischen Nationen, eine von ihnen das zweitgrößte Land der Welt, war zunächst durch einen wiederholt als prekär bezeichneten Waffenstillstand und schließlich durch die auf den beiderseitigen Truppenrückzug zurückzuführende Entspannung aufgelöst worden. Die Vereinten Nationen hatten durch die Beharrlichkeit, mit der der Sicherheitsrat an seinen einstimmigen Forderungen festhielt, ebenso wie durch die unerschöpfliche Geduld ihres Generalsekretärs einen bedeutsamen Erfolg erreicht.

Der Weg dazu war kennzeichnend für die Art, wie UN-Erfolge überhaupt erreicht werden können. Es war zunächst die völlige Übereinstimmung der beiden im Sicherheitsrat vertretenen Weltmächte, die diese Einmütigkeit des Rates ermöglichte. Es war ebenso die Gleichheit der Interessen der USA und der UdSSR in dieser Frage und ihr gemeinsames Bestreben, dem kriegerischen Zusammenstoß im indischen Subkontinent ein Ende zu bereiten. Es lag auch das gemeinsame Interesse der Großmächte daran vor, eine entscheidende Einflußnahme Rotchinas auf den Verlauf und den Ausgang des Konfliktes zu verhindern. Und schließlich wurde, mit stillschweigender, aber voller Zustimmung der USA, der unmittelbare Einfluß der Sowjetunion wirksam. Der sowjetischen Vermittlung in Taschkent gelang es, die anfänglich unübersteigbar erscheinenden Hindernisse zu überwinden. Die Voraussetzung für das Übereinkommen von Taschkent und damit für jede dortige Entspannung lag vor allem in dem Verzicht Pakistans auf eine Erörterung des eigentlichen, des den kriegerischen Auseinandersetzungen zugrundeliegenden Kaschmir-Problems. Und dann war es wiederum die UN-Aktion, die wirksam werden und den Abschluß erreichen konnte.

Das Ergebnis war also, wie dies bei erfolgreichen Friedensaktionen der UN notwendigerweise der Fall sein muß, eine Kombination verschiedener Umstände, also durchaus nicht allein das Ergebnis einer »mythischen Allmacht« der Vereinten Nationen. Da sich in der Weltorganisation die weltpolitischen Kräfte spiegeln, kann sie nur dann Erfolg verzeichnen, wenn die politischen, diplomatischen, schließlich auch die wirtschaftlichen Interessen, besonders der in der

Blick auf den früheren Völkerbundpalast am Genfer See. Heute europäischer Sitz der Vereinten Nationen, Tagungsstätte bedeutender internationaler Konferenzen und in zunehmendem Maße Ziel von Touristen aus aller Welt. Führungen geben nicht nur einen Einblick in die Räumlichkeiten, sondern auch in Geschichte und Arbeitsweise der Weltorganisation.



Welt entscheidenden Mächte, dazu beitragen; im Falle Indiens und Pakistan war es ein rapider und Besorgnis erregender Wirtschaftsverfall in beiden Ländern.

Der positive Verlauf der Entwicklung in Kaschmir und der bisher negative in Vietnam zeigen in dem engen Zeitraum von zwei Monaten deutlich die Gründe, die Erfolg und Mißerfolg der Vereinten Nationen auf politischem Gebiet wesentlich bestimmen.

#### **Fortschritte der wirtschaftlichen Tätigkeit der UN**

Je mehr die politischen Aufgaben der Vereinten Nationen durch Kräfte bedingt und behindert werden, die außerhalb ihres Bereichs liegen, desto wichtiger und wirksamer wird ihre wirtschaftliche Arbeit. Die 20. Vollversammlung hat die Voraussetzungen für eine Konzentration und Ausdehnung der Wirtschaftsarbeit der UN geschaffen: Durch die Gründung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP), durch die im Grundsatz gebilligte Errichtung einer autonomen Organisation für Industrialisierung der Entwicklungsländer<sup>13</sup> im Rahmen des Sekretariats und durch die Bekräftigung eines zunächst noch unabsehbar weiten Arbeitsgebietes, der sogenannten Welthandelskonferenz, der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD), die ihre Arbeiten 1964 aufnahm, aber nun sich voll zu entfalten beginnt.

#### *Arbeitsbeginn des Entwicklungsprogramms der UN (UNDP)*

Der Anfang des Jahres 1966 stand im Zeichen dieser neuen wirtschaftlichen Tätigkeiten der Vereinten Nationen. Der Verwaltungsrat des Entwicklungsprogramms (Governing Council) trat bereits am 10. Januar 1966 zusammen und bewies in seiner neuntägigen Tagung, daß die aus der Zusammenlegung des Sonderfonds und des Erweiterten Programms für Technische Hilfe der Vereinten Nationen ent-

standene Organisation eine leistungsstarke Körperschaft ist.

Die Forderung nach Erweiterung der früher vom Sonderfonds geleiteten Vorinvestitionsprogramme war allgemein, ebenso die Forderung nach verstärkter Tätigkeit der Entwicklungsvorhaben der neuen Organisation. Die Notwendigkeit größerer finanzieller Mittel wurde betont.

Neuartige Projekte, vor allem auf dem Erziehungs- und Schulungssektor, wurden in Angriff genommen. Hierzu gehört auch der Kampf gegen das Analphabetentum, eine Tätigkeit, die UNDP finanziert und von der UNESCO, die die Initiative ergriffen hatte, durchgeführt wird. In Algerien, Mali und im Iran werden erstmals Projekte für die Schulung erwachsener Analphabeten begonnen. In Venezuela soll ein neues Programm für Schulung im Rahmen der Entwicklung von Gemeinschaftsprojekten unternommen werden. UNDP wird nunmehr auch das lateinamerikanische Institut für Bevölkerungsstudien in Santiago unterstützen. In Nigeria und der Vereinigten Arabischen Republik sollen die wirtschaftlichen Möglichkeiten künstlich erschaffener Seen ausgenutzt werden. All dies stellt eine dynamische Weiterentwicklung des Begriffes ›Vorinvestition‹ dar, die sich als eine der wichtigsten Voraussetzungen der eigentlichen Investition erwiesen hat.

Im ganzen wurden auf der Tagung des UNDP-Verwaltungsrates 82 neue Projekte bewilligt. Ihre Kosten betragen 254 Mill. Dollar. Die neue Organisation machte mit diesem bisher größten und umfangreichsten Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen einen guten Anfang.

Die meisten bewilligten Projekte fallen auf Afrika. Es folgen die lateinamerikanischen Länder, Asien und der Ferne Osten und schließlich Europa und der Nahe Osten.

In den Beratungen des neuen, 37 Mitglieder umfassenden Verwaltungsrates, dessen Zusammensetzung in der 20. Vollversammlung erst nach eingehenden Verhandlungen über das Gleichgewicht zwischen Entwicklungs- und Industrieländern,

zwischen Ländern verschiedener politischer Systeme und zwischen den geographischen Weltregionen zustandekam, gab es verhältnismäßig wenig Gegensätze, vor allem nicht politischer Natur. Die Entwicklungsländer verlangten ein rascheres Entwicklungstempo und waren bestrebt, nicht nur Vorinvestitionen sondern die Kapitalinvestitionen selbst durchzusetzen. Die Ostblockländer erneuerten ihre Beschwerden über eine nach ihrer Meinung ungenügende Verwendung von Experten aus dem Ostblock.

Einige wenige Projekte, 4 von 82, begegneten politischen Einwendungen. So äußerten die USA Bedenken gegen ein Projekt, das den Lehrermangel an der Technischen Hochschule von Havanna mildern soll. Die USA wandten ein, daß der Notstand, der durch dieses Projekt behoben werden sollte, durch die Regierungspolitik Kubas, die Lehrer und Fachleute von ihren Lehrstellen vertrieben hätte, selbst herbeigeführt worden sei. Auf der anderen Seite erhoben Ostblockvertreter Einwendungen gegen Projekte für Südkorea, Südvietnam und Taiwan. Aber es gab keine Abstimmungen hierüber, es blieb bei den Äußerungen von Bedenken. Für diesen Teil der Wirtschaftsarbeit der Vereinten Nationen ist Übereinstimmung mit Vorbehalten, aber ohne Beeinträchtigung der sachlichen Beurteilung der Projekte, üblich geworden.

### *Dritte Tagung des Handels- und Entwicklungsrates (UNCTAD)*

Der aus 55<sup>14</sup> Mitgliedern bestehende Handels- und Entwicklungsrat, das beschlußfassende Gremium der ständigen Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (Welthandelskonferenz, UNCTAD), führte am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York vom 25. Januar bis 17. Februar 1966 seine dritte Tagung durch. Die Ergebnisse waren nicht allzu weitreichend. Aber es konnte eine Annäherung an die sachlichen Aufgaben der Organisation und eine realistischere Einstellung zu ihnen festgestellt werden. Der zu Beginn der Tagung für 1966 gewählte chilenische Vorsitzende des Rates, José Pinera, stellte diesen Fortschritt in seinen zusammenfassenden Schlußbemerkungen fest, drückte zugleich aber seine tiefe Besorgnis darüber aus, daß auf der Tagung kein größerer Fortschritt erreicht worden sei und noch kein richtiger Dialog zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern begonnen hätte.

Der einzige konkrete Beschluß von Bedeutung und unmittelbar praktischer Auswirkung war die Entscheidung, die den Generalsekretär der UN einstimmig auffordert, für den Mai 1966 eine Kakaokonferenz einzuberufen. Vorher solle jedoch noch im März 1966 in Genf eine neuerliche Sitzung der Arbeitsgruppe Kakao über Preise und Erzeugungsquoten tagen. Kommt die Gruppe zu dem Ergebnis, daß eine Kakaokonferenz keine wirklichen Erfolge erwarten läßt, wird sie verschoben werden.

Man will einmal der kritisch zugespitzten, für die Entwicklungsländer ungünstigen Situation auf dem Weltmarkt für Kakao beikommen, indem man ein neues internationales Kakaaabkommen, zumindest im Entwurf, fertigstellt. Hiermit wird das allgemeine Rohstoffproblem und die Frage nach der Wirksamkeit internationaler Rohstoffabkommen berührt. Sie zählen zu den großen Aufgaben, denen sich die UNCTAD gegenüber sieht und von deren Lösung sich vor allem die Entwicklungsländer eine gewisse Stabilität der Preise und eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erhoffen. Man konnte keine Übereinstimmung zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern erreichen. Die Erzeugerländer verlangten nicht nur gewisse Mindestpreise, sondern insbesondere die Errichtung von ›buffer stocks‹, von Stabilisierungsfonds in Waren. Ihre Finanzierung war eine der Streitfragen, da gemäß den Forderungen der Erzeugerländer die Verbraucherländer zur Finanzierung solcher Fonds beitragen sollten. Hierzu waren die Verbraucherländer teilweise bereit. Ihrer-

seits verlangten sie von den Erzeugerländern eine gewisse Disziplin in der Einhaltung von Produktionsquoten, da nur so die Stabilisierungsfonds einen Sinn hätten.

Über die Kakao-Frage hinaus ging es um die allgemeine Rolle, die die ständige Welthandelskonferenz bei der Stabilisierung von Rohstoffpreisen spielen könnte. Das Thema ging von der Finanzierung der ›buffer stocks‹ notwendigerweise zu einer allgemeinen Erörterung dessen über, was man in der internationalen Finanzsprache in den letzten Jahren als ›supplementary financing‹ und neuestens auch als ›compensatory financing‹ bezeichnet. Es ging also um die ergänzende bzw. ausgleichende Finanzierung von Preisschwankungen.

Sowohl in seiner Eröffnungsrede als auch in seinem Kommentar am Abschluß der Tagung des Handels- und Entwicklungsrates wies der Generalsekretär der UNCTAD, Professor Prebisch, darauf hin, daß es sich bei diesem Problem um die wichtigste Frage handele, die seit der Gründung von UNCTAD angesprochen wurde und die für die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wie für die zukünftige weltwirtschaftliche Entwicklung entscheidend sei.

Somit trat als wichtigste Frage der Beratungen der dritten Sitzung des Rates die Finanzfrage in den Mittelpunkt. Sie berührte zugleich das Problem der Mitwirkung der Entwicklungsländer an den internationalen Währungsproblemen, die gerade zur Zeit der Tagung des Rates in den Beratungen der sogenannten ›Zehner Gruppe‹ in Paris und auch durch Studien des Internationalen Währungsfonds und in verschiedenen Diskussionen der Weltbank die Aufmerksamkeit der Welt erregten.

Die Frontstellung im Handels- und Entwicklungsrat war im allgemeinen klar: Die Entwicklungsländer vertraten den Standpunkt, daß die internationalen Währungsprobleme nicht eine ausschließliche Angelegenheit der Industrieländer seien, sondern nur unter entsprechender Mitwirkung der Entwicklungsländer gelöst werden könnten: sie forderten ein Mitspracherecht in internationalen Währungsfragen.

Auf der anderen Seite machten die großen Industrieländer des Westens keinen Hehl aus ihrer Besorgnis, daß es sich bei dieser Forderung der Entwicklungsländer ›um einen Griff nach der Börse‹ handele und daß die internationalen Währungsfragen vor allem von den Ländern mit entsprechenden Währungsreserven gelöst werden müßten.

In diesem Zusammenhang spielte die Frage der ›Weltliquidität‹ eine Rolle. Professor Prebisch, der zu einem geistigen Wortführer weitausgreifender und langfristiger Forderungen der Entwicklungsländer geworden ist, stellte in seinem richtunggebenden Einleitungsreferat diese Frage in den Vordergrund und erhob sie zum zentralen Diskussionspunkt der Ratstagung.

Trotzdem war die Diskussion, zunächst im Finanzausschuß und dann im Plenum des Rates, doch mehr nur ein Anfang, und gerade vom Charakter dieser Diskussion galt das Wort Pineras, daß ein wirklicher Dialog noch nicht begonnen habe.

Am Tage vor dem Abschluß der Tagung des Rates faßten die Entwicklungsländer ihre wichtigsten Forderungen auf dem Gebiet der Weltliquidität und ihres Mitspracherechtes in internationalen Währungsfragen in einem Resolutionsentwurf zusammen, der überraschenderweise noch im letzten Augenblick zu einem Beschluß durchgepeitscht werden sollte. Die Industrieländer erhoben gegen diese Eile Einspruch und verwiesen darauf, daß mit Resolutionen allein, die noch dazu nicht eingehend diskutiert und deren Formulierungen nicht sorgsam überprüft werden konnten, so ernste Dinge wie internationale Währungsprobleme und die mit inflationären Tendenzen unter Umständen verbundene Weltliquidität nicht zu lösen seien. Die Entwicklungsländer ließen daraufhin ihre Forderung nach Abstimmung fallen und

sprachen nur den Wunsch aus, daß auf der für die Zeit vom 30. August bis 23. September 1966 in Genf vorgesehenen vierten Tagung des Handels- und Entwicklungsrats das Thema ausführlich beraten werde.

Auf dieser neuen Tagung sollen auch eine Reihe anderer, bereits konkretere Formen annehmende Probleme erörtert werden. Der Weg zur Beschäftigung mit praktischen Fragen ist jedenfalls durch die Beratungen der dritten Tagung eröffnet worden. Dazu gehört auch die Vorbereitung für die zweite Welthandelskonferenz, die im Frühjahr 1967 stattfinden soll. Die Diskussion über ihre Tagesordnung und die sachliche Vorbereitung der verschiedenen Themen wurden in der dritten Sitzungsperiode des Handels- und Entwicklungsrates begonnen. Das dürfte sich auf der vierten Tagung vom September dieses Jahres fortsetzen.

### **Kein Fortschritt in den Finanzfragen der Vereinten Nationen**

Die von der 20. Vollversammlung zwei Sonderausschüssen übertragene Aufgabe, einen Weg zur Lösung sowohl der akuten Kassenkalamität als auch der Finanzierung künftiger friedenserhaltender Aktionen der Weltorganisation zu finden, blieb noch ohne Lösung.

Der sogenannte ›Ausschuß der 14‹, zu dem 14 Regierungen Finanzsachverständige abgestellt hatten, begann mit der Überprüfung eines technischen Berichtes<sup>15</sup> des Generalsekretärs, den dieser gemäß der Aufforderung der Vollversammlung vorgelegt hatte. Die Sachverständigen hatten ihre Beratungen Anfang März noch nicht abgeschlossen. Sie werden zunächst zu der finanziellen Übersicht des Generalsekretärs einen Kommentar vorlegen, der dann voraussichtlich allen Mitgliedstaaten zur Prüfung übermittelt wird. Erst daraufhin werden sich die Sachverständigen mit weiteren Vorschlägen zur finanziellen Gesamtlage der UNO und ihrer Sonderorganisationen befassen.

Die gleiche Vorsicht und die Tendenz, gefährliche Eile zu vermeiden, zeigte sich in der ersten Sitzung des sogenannten 33er-Ausschusses, der seine Ende April 1965 unterbrochenen Beratungen aufgrund von Anweisungen der 20. Vollversammlung in neuer Form in der ersten Februarwoche aufnahm.

Generalsekretär U Thant leitete die Beratungen des 33er-Ausschusses mit einer erneuten ernststen Warnung vor weiteren finanziellen Schwierigkeiten der UN ein und betonte insbesondere, daß die Fähigkeit der Weltorganisation, bei der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit zu helfen, in hohem Maße von dem Erfolg der Arbeiten des Ausschusses abhänge. U Thant erinnerte daran, daß nach dem Ergebnis der letzten Sitzung der 19. Vollversammlung vom 1. September 1965 die finanziellen Schwierigkeiten der Organisation durch freiwillige Beiträge, vor allem durch wesentliche Beiträge der hochentwickelten Länder, gelöst werden sollten.

Mit der ihm gebotenen Vorsicht wies U Thant damit auf die Tatsache hin, daß die Sowjetunion und Frankreich bisher keine freiwilligen Beiträge geleistet hatten, obwohl maßgebende Persönlichkeiten der Sowjetregierung wiederholt erklärt hatten, daß die Sowjetunion einen ›wesentlichen‹ Beitrag zur Finanzierung der UN leisten werde, wenn einmal der Streit um den Artikel 19, d. h. um den Verlust des Stimmrechtes in der Vollversammlung für Länder, die mehr als zwei Jahresbeiträge schulden, aus dem Wege geräumt sei. Obwohl dies durch die Einigung vom 1. September 1965 und die vorher im 33er-Ausschuß abgegebenen Erklärungen der USA-Delegation geschehen war, ist die erwartete freiwillige Leistung der Sowjetunion weder während der 20. Vollversammlung noch nach ihrem Abschluß eingetroffen, angekündigt oder angedeutet worden. Frankreich hatte keine derartige Erklärung abgegeben, aber man konnte von ihm gleichfalls erwarten, daß es nach Beseitigung des Streites um den Artikel 19 eine finanzielle Leistung an die Vereinten Nationen machen würde. Hinsichtlich eines französischen Beitrags be-

steht allerdings die Wahrscheinlichkeit, daß Frankreich erst die von ihm gewünschte und durchgesetzte Überprüfung der gesamten Finanz- und Wirtschaftsgebarung der ›UN-Familie‹, also der Vereinten Nationen und aller ihrer Sonderorganisationen, der Experten des 14er-Ausschusses abwarten will, bevor es sich zu einer freiwilligen Hilfe zur Beseitigung der Finanzkrise der Vereinten Nationen entschließt. Dennoch war die Enttäuschung über das Ausbleiben der freiwilligen Beiträge dieser beiden Großmächte zweifellos einer der Gründe, warum U Thant zu Beginn der neuen Beratungen des 33er-Ausschusses noch einmal an die am 1. September 1965 übernommenen moralischen Verpflichtungen erinnerte.

### **Bleibt U Thant Generalsekretär?**

Diese und andere Enttäuschungen, die mit der alltäglichen Arbeit eines UN-Generalsekretärs verbunden sind, kamen auch in der Pressekonferenz U Thants vom 20. Januar 1966 zum Ausdruck, als er die Frage beantwortete, ob er bereit sei, sich für eine zweite 5jährige Amtszeit, die im November 1966 beginnen würde, wählen zu lassen. U Thant stellte in Aussicht, daß er bis Juni 1966 dem Sicherheitsrat mitteilen werde, ob er sich zu einer zweiten Amtsperiode bereit erkläre. Er wolle damit dem Sicherheitsrat genügend Zeit geben, einen neuen Kandidaten zu suchen, falls er selbst zu der Entscheidung kommen sollte, daß er eine Wiederwahl für weitere 5 Jahre ablehnen müsse.

Der Generalsekretär verwies in diesem Zusammenhang auf die Lasten seines Amtes und meinte, daß sich niemand zur Übernahme einer solchen Aufgabe bereit erklären könnte, es sei denn aus dem Gefühl der Verpflichtung.

Obwohl U Thant keine ausdrücklichen Bedingungen für seine neuerliche Kandidatur stellte, ließ er doch in seinen Äußerungen am 20. Januar 1966 erkennen, daß seine Entschlüsse im wesentlichen von der Lage der Organisation und der Sicherung ihrer Aktionsfähigkeit bei der Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit und bei der Erfüllung ihrer sonstigen Aufgaben abhingen.

Er deutete mit großem Geschick an, daß die Aussichten auf Lösung der Finanzkrise und vor allem der Sicherung zukünftiger friedenserhaltender Aktionen der Weltorganisation eine wichtige Voraussetzung für seine Entscheidung sein würden.

Andererseits ließ der Generalsekretär – ebenso geschickt wie vorsichtig – durchblicken, daß sich angesichts der gegenwärtigen internationalen Spannungen die 5 ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, vor allem die USA und die UdSSR, nur schwer über einen anderen Kandidaten für den Posten des Generalsekretärs einigen würden, insbesondere solange der Krieg in Vietnam andauert. Die einzig mögliche Lösung wäre daher die einstimmige Wiederwahl, sofern die Weltorganisation nicht in eine zusätzliche Generalsekretär-Krise gestürzt werden sollte. Die Vietnam-Frage bleibt also auch in dieser Beziehung das beherrschende Problem am East River.

(Abgeschlossen am 2. März 1966)

### **Anmerkungen:**

- 1 UN-Doc. S/RES/210 vom 6. September 1965 und S/RES/211 vom 20. September 1965. – Deutsche Übersetzung siehe VN Heft 5/65 S. 183.
- 2 UN-Doc. S/7067 vom 5. Januar 1966.
- 3 UN-Press Release SG/SM/436 vom 20. Januar 1966.
- 4 UN-Doc. S/7105 vom 31. Januar 1966.
- 5 UN-Doc. S/7106 vom 31. Januar 1966.
- 6 UN-Doc. S/7168 vom 26. Februar 1966.
- 7 UN-Doc. S/7175 vom 2. März 1966.
- 8 UN-Doc. S/7173 vom 28. Februar 1966.
- 9 UN-Doc. S/6699/Add. 12 vom 23. Februar 1966.
- 10 UN-Doc. S/6719/Add. 5 vom 17. Februar 1966.
- 11 UN-Doc. S/RES/211, siehe Anm. 1.
- 12 UN-Doc. S/RES/215 vom 5. November 1965. – Deutsche Übersetzung siehe VN Heft 6/65 S. 214.
- 13 Siehe Bericht Leichter, Otto: S. 66 dieser Ausgabe.
- 14 Von den 55 Mitgliedern nahmen nur 54 teil, da Indonesien, das Mitglied des Rates war, nach Abbruch seiner Beziehungen zur UN auch diesen Beratungen fernbleibt.
- 15 UN-Doc. A/AC. 124/1 vom 24. Januar 1966.